

28.12.2010

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 282 vom 15. November 2010
der Abgeordneten Christina Schulze Föcking und Josef Rickfelder CDU
Drucksache 15/641

Landesregierung = Steuererhöhungscoalition

Der Finanzminister hat die Kleine Anfrage 282 mit Schreiben vom 23. Dezember 2010 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Ministerpräsidentin Kraft hat in ihrer Regierungserklärung am 15. September erklärt, dass Steuersenkungen keinen Sinn machten, weil dem Land weitere Einnahmen wegbrächen. Dies sei „in dieser Zeit unverantwortlich“. Stattdessen müsse für mehr Steuergerechtigkeit gesorgt und die Einnahmen des Landes erhöht werden.

Jetzt, knapp sechs Wochen später, deuten alle Anzeichen auf ein Steigen der Einnahmen hin. Am 4. November 2010 wurden die Ergebnisse der November-Steuerschätzung für die Jahre 2010 bis 2012 vorgestellt. Danach können Bund, Länder und Kommunen allein im Jahr 2010 Steuermehreinnahmen von 15,2 Milliarden Euro einplanen. Die Regionalisierung der Ergebnisse zeigt, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 voraussichtlich mit 1,1 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung rechnen kann.

Gleichwohl sollen die Jäger im Land zur Kasse gebeten werden. Den Kommunen wird die Einführung der sog. Bettensteuer trotz verfassungsrechtlicher Bedenken geraten. Zudem wird die Einführung eines „Kieseuro“ angekündigt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage suggeriert, dass aufgrund der Konjunkturverbesserung und der gestiegenen Steuereinnahmeerwartungen weitere Einnahmeverbesserungen nicht erforderlich sind.

Datum des Originals: 23.12.2010/Ausgegeben: 30.12.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Nach der Prognose der November-Steuerschätzung 2010 nimmt das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 gegenüber der Mai-Steuerschätzung rund 1,1 Mrd. Euro mehr an Steuern ein. Dementsprechend werden mit dem Nachtragshaushaltsentwurf 2010 einschließlich der Ergänzung die Steuereinnahmen auf 37,66 Mrd. angehoben. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008, dem Jahr mit den höchsten Steuereinnahmen in Höhe von 42,1 Mrd. Euro, liegen die zu erwartenden Steuereinnahmen für 2010 damit immer noch um rd. 4,4 Mrd. Euro unter dem Ist des Jahres 2008. Berücksichtigt man die Kompensationszahlung des Bundes für die Übertragung der Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 1,9 Mrd. Euro, liegen die Steuereinnahmen immer noch um rund 2,5 Mrd. Euro unter den vergleichbaren Einnahmen des Jahres 2008. Selbst bei den hohen Steuereinnahmen von 2008 ist das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht erreicht worden. Im Haushalt 2011 wird Nordrhein-Westfalen wie auch alle anderen Gebietskörperschaften eine hohe Neuverschuldung ausweisen. Dies zeigt, dass trotz wirtschaftlicher Erholung Bund, Land und Kommunen von dem Ziel ausgeglichener Haushalte immer noch weit entfernt sind.

Ohne weitere Einnahmewüchse wird das Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung auch nicht erreicht werden können, da eine innere Dynamik der Ausgabenseite besteht, die bedient werden muss, und gegen die zusätzlich angespart werden muss. Hierzu zählen insbesondere die Ausgaben für den kommunalen Steuerverbund und die stark steigenden Versorgungsausgaben. Das Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung kann demnach faktisch allein über Einsparungen auf der Ausgabenseite nicht erreicht werden, vielmehr muss auch die Einnahmeseite gestärkt werden. Auch in der abgelaufenen Legislaturperiode ist die Reduzierung der Nettoneuverschuldung im Wesentlichen über die Steuereinnahmeseite und nicht über Ausgabekürzungen erfolgt. Gleichwohl wird die Landesregierung langfristige Einsparpotentiale identifizieren, um beginnend mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 die Nettoneuverschuldung Schritt für Schritt zurückzuführen.

1. Wann wird der „Kieseuro“ eingeführt?

Die Landesregierung beabsichtigt gemäß der Koalitionsvereinbarung einen Kieseuro einzuführen. Konkrete Zeitplanungen zur Einführung des Kieseuro bestehen derzeit nicht.

2. Mit welchem Ertrag rechnet die Landesregierung beim „Kieseuro“?

Die Einnahmen sind abhängig von der konkreten Ausgestaltung eines Kieseuro sowie den Reaktionen der Marktteilnehmer (Elastizitäten von Nachfrage und Angebot). Da noch keine konkrete Planung vorliegt, ist eine Prognose der Einnahmen nicht möglich.

3. Welche weiteren Steuern, Abgaben und finanziellen Belastungen plant die Landesregierung?

Die Steuereinnahmeansätze im Landeshaushalt werden wie immer auf der Basis des geltenden Steuerrechts angesetzt. Die aktuell drohenden finanziellen Belastungen sind nicht Folge von Planungen der Landesregierung, sondern in einem erheblichen Ausmaß gerichtlich erzwungene Korrekturen von Entscheidungen der vergangenen Legislaturperiode sowie von haushaltswirksamen Entscheidungen des Bundes.

4. ***Welche Maßnahmen zu strukturellen Einsparungen im Landeshaushalt wird die Landesregierung ergreifen?***

5. ***Welchen vom Finanzminister angekündigten Konsolidierungsanteil wird das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz leisten?***

Der Haushaltsentwurf 2011 und die Mittelfristige Finanzplanung werden dem Parlament voraussichtlich im Februar 2011 zugeleitet. Dann wird ausreichend Zeit sein, sich mit seiner Struktur zu befassen. Im Übrigen sind der letzten Finanzplanung aus der vergangenen Legislaturperiode keinerlei strukturelle Einsparungen zu entnehmen, die zu einer Senkung der Nettokreditermächtigung geführt hätten.